

Fazit aus dem Workshop: Auf den Rohstoff kommt es an | Auswirkungen der Neuerungen der Erneuerbare-Energie-Richtlinie (RED) und weiterer für fortschrittliche Kraftstoffe

Im Rahmen des mit 60 Teilnehmenden gut besuchten Workshops wurden neben Impulsvorträgen verschiedene Aspekte im Fishbowl-Format diskutiert und bewertet.

Welche Rohstoffe sollen genutzt werden und woher sollen sie kommen?

Zukunft für fortschrittliche Kraftstoffe unklar.

In der Diskussion wurde die Zukunft der Rohstoffe für fortschrittliche Kraftstoffe ganz grundsätzlich angesprochen. So sei es nicht nachvollziehbar, wie in absehbarer Zeit die Klimaziele erreicht und Strafzahlungen vermieden werden sollen. Auch das Bewusstsein und die Akzeptanz der Regelungen bei den Verbrauchern wurde als wesentliches und heikles Themenfeld adressiert. Dies seien die grundlegenden Rahmenbedingungen, auf die reagiert werden müsse.

Vereinfachung und v.a. Konsistenz aus Industriesicht wichtig.

Aus Sicht der Industrie sei der drängendste Punkt die Investitionssicherheit, die zum Beispiel durch immer wieder geänderte respektive inkonsistente Rohstofflisten (vgl. Vortrag K. Meisel), vor allem aber auch durch unterschiedliche Interpretationen in verschiedenen EU-Staaten gefährdet sei. Für die Industrie sei vor allem eine einfachere Regulierung notwendig. Als Beispiel wurde genannt, dass es einfach sein müsse, synthetische Produkte zu deklarieren, die zum Teil mit grünem Wasserstoff und zum Teil mit Kohlenstoff aus Biomasse hergestellt wurden. Eine willkürliche Beschränkung der Einsatzstoffe und Definition einer Rohstoffklasse würde dagegen Betrug begünstigen.

Ausgewogene Importstrategie und verstärkte Nutzung heimischer Rohstoffe.

Grundsätzlich wurden die Fragen einer Importstrategie oder der verstärkten Nutzung heimischer sog. fortschrittlicher Rohstoffe diskutiert. Nur durch adäquate Anreizsysteme könnten ausreichend Rohstoffe gewonnen werden. Importe sollten dagegen auf Netto-Null begrenzt werden, gerade weil viele importierte Rohstoffe vermeidlich auch Nachhaltigkeitsprobleme aufwerfen. Dem wird entgegengehalten, dass Biomasse in zunehmendem Maße ohnehin in großem Umfang importiert werden müsse. Die Rohstoffverfügbarkeit auf dem Markt scheint gegeben, die Preise sind auch für die Endverbraucher günstig und es zeigt sich, dass der Markt an sich funktioniert. Insofern würde Deutschland auch weiterhin sehr viel Biomasse importieren. Natürlich bräuchte es daneben Pläne für den Import von erneuerbaren Energieprodukten.

Ob es diesen starken Import benötige, hänge von der Frage ab, welche Potenziale es in Europa gäbe und was ist in Europa produzierbar sei? Argumentiert wird, dass Missbrauchsfälle v.a. mit Importen aus dem Nicht-EU-Ausland einhergehen und die möglichen Steigerungsraten bei Anbaubiomasse in Europa (z.B. bei Raps) noch nicht ausgeschöpft sind. Als fortschrittliche Rohstoffe eingestufte Zwischenfrüchte werden von der EU-Kommission etwa mit hohen heimischen Potenzialen abgeschätzt. Aber auch dies ist diskussionswürdig, da sehr stark von fragwürdigen Flächen (z.B. überwiegend Heiden) ausgegangen wird. Bei Agroforst dürfe man dies auch auf marginalen Flächen zulassen, ansonsten werde hier eine Chance vertan. Insgesamt problematisch, v.a. jedoch bei Agroforst, ist das bestehende Pachtsystem und die mehrjährige Bindung von Flächen. Holz sei wie bei Agroforst, der andere große Biomassebereich, wobei dieser durch das

Kaskadenprinzip inzwischen sehr unsicher bzgl. zukünftiger Verfügbarkeit sei. Zudem müssten Agrarsysteme sehr viel stärker an den Klimawandel angepasst werden; u.a. mehr Dauerkulturen, nicht nur Agroforst und auch Zwischenfrüchte und neue Kulturen (z.B. Feldgras).

Neustart der NABIS gefordert.

Deutlich gemacht wird auch, dass der bisher bekannte Entwurf der NABIS nicht die Chancen der Biomasse in seiner Vielfalt aufgreift, sondern eher zu Einschränkungen der Möglichkeiten für erforderliche Margen für Landwirte führt. Gefordert wird ein Neustart der NABIS inklusive eines wirklichen Dialoges sämtlicher von der NABIS betroffenen Akteure. Als Beispiel wird auf die Biomassestrategie in den USA verwiesen, die darauf abzielt die Biomasse zu mobilisieren und neue Rohstoffe, wie Algen oder ähnliches, adressiert.

Aus Sicht der Landwirtschaft müssten die Agrarsysteme viel stärker an den Klimawandel angepasst werden, der Weg dorthin sei jedoch unklar. Daher müsse man eigentlich auf der Marktseite weitere Einschränkungen machen (RED), da die ackerbaulichen Einschränkungen gerade die Produzenten schon übermäßig belasten.

Welche Aspekte müssen bei künftigen Anpassungen der RED berücksichtigt werden?

Vereinfachung der Regelungen inklusive sektorübergreifender Aspekte wichtig.

Insgesamt seien grundsätzlich einfachere Regelungen notwendig, die unkompliziert und international respektive wenigstens in den EU-Mitgliedsstaaten einheitlich zu gestalten sind. Viele Maßnahmen müssten vereinfacht werden. So sei zu überdenken, dass es im Prinzip egal sei, in welchen Sektor die Menge der Rohstoffe gehe, nur dass die Menge der Rohstoffe dann dabei einen bestimmten Zweck erfülle.

Um das Problem zu lösen, dass die Raffinerien teilweise zu groß sind und die industriellen Prozesse dort typischerweise schon ausgereizt sind, müssten die Umwandlungsprozesse erst in kleinerem Maßstab umgesetzt werden.

Für Investitionen Harmonisierung der Regulative erforderlich.

Der Emissionshandel sei der wichtigste, aber bei weitem nicht der einzige relevante Mechanismus. In Zukunft sei eine viel engere Abstimmung zwischen ReFuelAviation und RED notwendig, z.B. beim Ausschluss von Zwischenfrüchten. Bei FuelEU Maritime gäbe es z.B. keinen Ausschluss, aber auch keine Anrechenbarkeit. Auch die Umsetzungsfristen müssten deutlich verkürzt werden, dass z.B. der Annex IX erst in 1,5 Jahren komme und dann noch mit Fragezeichen der tatsächlichen Umsetzung, sei viel zu langwierig.

Bei der Umsetzung der RED müsse anerkannt werden, dass es in Deutschland ein eigenes Regelwerk gebe, das mit der RED im EU-Kontext nicht viel zu tun habe. Dies würde gerade für international agierende Unternehmen zu vielen Problemen führen.

Das Ziel über Mehrfachanrechnung Anreize für einen signifikanten Aufbau bzw. Hochlauf heimischer Produktionskapazitäten zu bieten, wurde verfehlt. Durch den Versuch, alles perfekt zu machen, würde der Markt immer kleiner und Investitionen würden zu keinem Zeitpunkt gefördert.

Marktvertrauen und Eigenverantwortung stärken.

Allerdings zeige die Entwicklung der UERV, dass unbedingt Vertrauen im Markt vorhanden sein müsse. Die BLE könne das lediglich prüfen, verfüge jedoch über keine Sanktionsmaßnahmen außer dem Entzug der Lizenz. Ergänzend wird im Kontext der

Missbrauchsfälle aus Asien auch an die Eigenverantwortung der Unternehmen selbst appelliert ihre Lieferketten kritisch zu hinterfragen. Zudem werden die Chancen adressiert, die trotz aller Herausforderungen mit der sog. Union Data Base (USB) eröffnet werden (u.a. in Bezug auf transparentere Massenbilanzen).

Im Rahmen der Zertifizierung seien weiterhin Vertrauensschutz und Risikominimierung die relevantesten Aspekte, wobei der Dokumentationsaufwand gerade für die Erzeuger deutlich minimiert werden müsse.

Aufbau von Technologiekapazitäten ermöglichen und Überregulierung abbauen.

Auch der Hochlauf von grünem Wasserstoffkapazitäten gelingt nicht da dies aufgrund der vermeidlichen Überregulierung nicht mehr so interessant sei. Hinderlich seien da etwa die sehr unterschiedlichen Anforderungen an die Zertifizierung in den verschiedenen Ländern.

Die historisch gewachsene Unterscheidung zwischen biomasse- und strombasierten Kraftstoffen/Produkten, die im Ausland meist gar nicht so gesehen wird, sollte rasch überwunden werden. Große Produktmengen wären möglich, wenn beides zusammengedacht würde. Biomassebasierte Kohlenstoffquellen und grüner elektrolytischer Wasserstoff sollten synergistisch gesehen werden, um maximale Kohlenstoffeffizienz zu erreichen und gemeinsame Produkte zu entwickeln. Das Synthesegas (CO, CO₂ und H₂) könnte dann vor Ort zu verschiedenen Produkten für verschiedene Sektoren weiterverarbeitet werden.

Für Länder außerhalb der EU, die heute neue Infrastrukturen aufbauen, biete es sich an, die für fossile Energieträger optimierten Technologien zu überspringen und gleich in zukunftssichere Greentech-Anlagen zu investieren. Als Beispiel wurde hier Kenia genannt, wo solche Tendenzen erkennbar seien.

Bessere Marktkennntnis durch Zulassungsverfahren für Hersteller von fortschrittlichen Kraftstoffen.

Angeregt wird die Etablierung eines Zulassungsverfahrens für Hersteller von fortschrittlichen Kraftstoffen und die Integration in das nationale/EU-System. Dann gäbe es ein plausibles Verfahren, um eine maximale Obergrenze für bestimmte fortschrittliche Rohstoffe zu bestimmen. Gleichzeitig sollte das Potenzial für fortschrittliche Kraftstoffe noch einmal hinterfragt werden und dann die Kennzahlen insgesamt erhöht werden, um mehr fortschrittliche Kraftstoffe auf den Markt zu bringen.